

cken, dass das Abwägen in jedem Fall misslingen muss.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: So viele Freizeitparks können Sie gar nicht mehr bauen!)

– Ich muss keine Freizeitparks bauen. Ich muss den Menschen gestatten, da zu wohnen und zu leben, wo sie mögen. Dieses Anliegen wägen wir mit den Bedürfnissen der Menschen ab, die Arbeit suchen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zukunftsfähige Gewerbeflächenpolitik zählt zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes. Das Flächenangebot muss ausreichend sein. Wir haben im Moment noch elf Standorte für die Ansiedlung von international operierenden Großkonzernen mit einem hohen Flächenbedarf, derzeit bei mindestens 80 ha, in der Planung.

Unser Eindruck ist, dass wir in Zukunft nicht mehr alle Flächen brauchen. Bei der Überarbeitung müssen wir also noch einmal abwägen, was ökologisch erträglich ist und was wir bezogen auf die Perspektiven der Wirtschaft wirklich brauchen. Wir setzen auf interkommunale Zusammenarbeit.

Am Beispiel des Airportgebietes in Münster sehen Sie doch, dass Umweltministerium und Wirtschaftsministerium imstande sind, eine Abwägung vorzunehmen, die den wirtschaftlichen Belangen Rechnung trägt und gleichzeitig die Vereinbarung enthält, dass, wenn man ein solch großes Gebiet zusätzlich in Anspruch nimmt, weil es so verkehrsgünstig liegt, im Regionalplan andere ausgewiesene Gebiete zurückgeführt werden müssen. Gehen Sie davon aus: Wir werden darauf drängen. Uns sind ökologische Belange nicht gleichgültig.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Zum großflächigen Einzelhandel! Wir haben das Centro-Urteil. Das heißt, uns ist aufgegeben, etwas zu verändern. Wir haben Eckpunkte formuliert. Wir sind im Moment dabei, mit kommunalen Spitzenverbänden, der Wirtschaft und anderen Akteuren das, was wir in Eckpunkten formuliert haben, weiter zu konkretisieren. In den nächsten Monaten wird zu klären sein, wie wir mehr eigenverantwortliches Handeln – übrigens der einzelnen Kommunen, auch was Stadtteilentwicklung angeht; das haben Sie an unseren Eckpunkten gesehen – hinbekommen.

Ich bin sicher, diesen Anforderungen und vielen weiteren, die wir uns noch vorgenommen haben,

wird die Novelle genügen, die in der zweiten Jahreshälfte vorgelegt werden wird. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Ministerin, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nein.

Präsidentin Regina van Dinther: Nein, tut mir Leid. – Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zu Einzelplan 08.

Wir kommen zur **Abstimmung** zu **Einzelplan 8**. Sie haben die Vorlage von gestern auf dem Tisch, der Sie entnehmen können, dass wir jetzt zunächst über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nr. 106 abstimmen müssen. Die liegt Ihnen in **Drucksache 14/1792** vor. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Endabstimmung über den Einzelplan 08. Wer diesem Einzelplan die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der **Einzelplan 08** mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe dann den **Einzelplan 02** auf:

Ministerpräsident

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Kuschke von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Interesse ist doch etwas größer geworden. Sie scheinen doch noch eine Mehrheit zu haben. Das hatten wir gar nicht erwartet.

(Heiterkeit von der SPD)

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit lassen Sie mich nur zu wenigen Punkten des Einzelplans etwas sagen.

Punkt 1: Nachdem es großmündig angekündigt worden ist, war unsere Erwartung, dass die Landesregierung die Chance genutzt hätte – Herr Minister Breuer, Sie sind bereits da; diejenigen, die das operativ verantworten, kommen allmählich auch –, in diesem Bereich ein Profil darzustellen,

angesichts Ihrer Ankündigung in anderen Zusammenhängen ein neues Profil.

(Unruhe)

Ich denke, dass Sie diese Chance nicht genutzt haben. Das will ich an wenigen Beispielen verdeutlichen.

Ich glaube, dass man das sehr gut anhand der Europapolitik darstellen kann.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Wir haben bisher kein europapolitisches Arbeitsprogramm vorliegen – was von Ihnen, meine Damen und Herren, in der Vergangenheit im zuständigen Ausschuss häufig eingeklagt worden ist. Wir erleben nur immer durch Einzelmaßnahmen, deren Sinn sich manchmal nicht erschließt, dass in diesem Bereich versucht wird, etwas auf den Weg zu bringen.

Als letztes Beispiel einer solchen Politik darf ich ein Papier nennen – ich denke, dass das auch Frau Ministerin Thoben betrifft –, das überschrieben ist: Der Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der Lissabonstrategie. – Frau Kollegin Thoben, da kann ich nur sagen: Wenn das der Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zur Lissabonstrategie ist, dann wird die Lissabonstrategie in der Tat nicht aufgehen.

(Beifall von der SPD)

Das ist eine Aneinanderreihung von Überschriften, von einzelnen Begrifflichkeiten, die nach welchen Kriterien auch immer zusammengestellt worden sind. Ich glaube noch nicht einmal, dass das vom Kollegen Breuer auf den Weg gebracht worden ist, sondern meine, dass dort eigentlich niemand die Hand geführt hat. Da finden sich Orientierungskurse für spät ausgesiedelte Neuzuwanderer und jüdische Zugewanderte in Nordrhein-Westfalen unter dem Stichwort „Bildungssysteme stärken, Chancen eröffnen“. Also: ein Armutszeugnis.

Ein zweiter Punkt, den ich ansprechen will: Frau Ministerin Thoben, da bitte ich – ich sage das auch durchaus selbstkritisch –, uns doch auf vernünftige Kriterien für einen Wettlauf zu verständigen, wer zu welchem Zeitpunkt die besten Idee gehabt hat. Ich glaube in der Tat – das habe ich an anderer Stelle auch schon gesagt –, dass das, was wir in Richtung der EU-Strukturfonds begonnen haben, von Ihnen in einer Art und Weise fortgesetzt worden ist, dass wir jetzt gemeinsam feststellen können: Wir haben ein gutes Ergebnis erzielt. – Insofern ist die Presseerklärung unserer Fraktionsvorsitzenden, die Sie vorhin erwähnt ha-

ben, in der Ausrichtung richtig. Denn – wie sich das gehört – lobt unsere Fraktionsvorsitzende Kanzlerin Merkel. Sie spricht von den Verdiensten, die der Bundesfinanzminister gehabt hat, und erwähnt natürlich auch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen.

Ich füge gerne hinzu: Ich glaube, es war im Januar 2004, dass wir der EU-Kommissarin Frau Hübner, die bei uns zu Besuch war, anhand von konkreten Projekten in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, haben deutlich machen können, welchen Stellenwert auch die Möglichkeit des Einsatzes von privatem Kapital zur Kofinanzierung hat.

Es wird von „Eurodistrikten“ gesprochen. Das ist ein nebulöser Begriff. Ich hoffe, dass wir ihn demnächst im Ausschuss erklärt bekommen. Gleichzeitig wird in den Euregios gekürzt, die bei aller Kritik, die man an diesem Instrument üben kann, doch etwas sind, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, mit denen wir Fortschritte erzielt haben.

Gleiches gilt für die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung in Brüssel. An dieser Stelle will ich anmahnen – damit darf ich sozusagen eine Aufgabe meiner Kollegin Frau Keller übernehmen, die das in den vergangenen fünf Jahren immer getan hat –: Herr Minister Breuer, da möchten wir natürlich endlich einmal ein Konzept auf dem Tisch haben. Was passiert mit dieser Landesvertretung? Im Haushalt sind keine Mittel eingestellt. Uns ist gesagt worden, dort sollte fast wöchentlich eine Präsentation erfolgen. Wir warten darauf.

Wir haben kein Konzept zu Fragen der internationalen Zusammenarbeit. Welche Prioritäten will die Landesregierung setzen, was die Zusammenarbeit mit anderen Staaten angeht?

Meine Damen und Herren, wir haben auch keine Weiterentwicklung im Bereich der Benelux-Zusammenarbeit. Anders kann man das nicht darstellen; denn das, was als Antrag vorgelegt worden ist, ist eine Beschreibung der bisherigen Aktivitäten. Das hätten wir in der Art und Weise auch noch liefern können.

Lassen Sie mich einen weiteren Bereich kurz ansprechen, auf den der Kollege Eumann gleich noch näher eingehen wird: die Medien. Da sage ich in aller Deutlichkeit, dass die Überschrift leider nur lauten kann: Medienland NRW ist abgebrannt!

Es vergeht keine einzige Woche, in der Sie nicht vernünftige Maßnahmen zur Disposition stellen. Wir haben hier während der Medienkompetenztä-

ge mit Jugendlichen, mit Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen diskutiert. Da ist noch einmal deutlich geworden, wie wichtig diese Einrichtung ist.

Wir haben Fragen an die Verantwortlichen aus den Koalitionsfraktionen gestellt: Wird das fortgesetzt? Werden die Tage der Medienkompetenz fortgeführt? – Keine Antwort!

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses, in der der erste Bericht des Medienrates vorgelegt wurde, sagte ein Kollege aus der CDU-Fraktion – wir müssen noch nicht einmal nachfragen; so ist das ja mittlerweile –: Wir werden in den nächsten Tagen überlegen, ob es den Medienrat aus unserer Sicht überhaupt geben soll.

Dritter Punkt: Medienforum. Einverstanden, Herr Staatssekretär Kemper, dass dort eine Weiterentwicklung notwendig und sinnvoll ist! Wenn ich aber jetzt schon, ohne zu wissen, woher das private Kapital kommt, Kürzungen vornehme bis hin zu Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2007, dann kann ich das nur verantwortungslos nennen. Eine vermeintliche Lösung ist nicht da, aber Konsequenzen, die in das Gegenteil führen können, werden bereits angekündigt.

Als letzten Punkt will ich die Filmstiftung nennen. Auch da kann man sich darüber verständigen, Herr Kemper, dass man natürlich eine Bestandsaufnahme braucht, dass man eine Evaluation braucht; da können wir uns auch Weiterentwicklungen vorstellen. Aber auch in dem Zusammenhang wird zunächst der Schritt der Kürzung getan, bevor der eigentlich zuerst notwendige Schritt getan wird, sich nämlich über ein vernünftiges Konzept zu unterhalten.

Vor dem Hintergrund, meine Damen und Herren, hätte man annehmen müssen, dass der Einzelplan 02 geringer ausfallen wird als im Vorjahr. Interessant ist, dass wir in diesem Einzelplan eine Steigerung von fast 15 % haben. Wenn man sich anguckt – wir haben das im Hauptausschuss nicht aufklären können –, für welche Bereiche das vorgesehen ist, dann trifft man auf den Bereich „Repräsentation“, dann trifft man auf den Bereich „Beratung und externer Sachverstand“. Was haben wir ein Jammern und Wehklagen der früheren Opposition, angeführt vom damaligen Oppositionsführer, gehört, dass die frühere Landesregierung doch zu viel für Beratung, Expertenkreise und Gremien ausgeben würde, die dort eingerichtet würden. Und im ersten Landeshaushalt, in dem das geändert werden könnte, und wo man erwartet, dass die neue Landesregierung das al-

les abschafft, macht sie genau das Gegenteil: Sie erhöht den Ansatz!

(Beifall von der SPD)

Sie kürzt beim Ehrenamt. Auch die Verschiebung in den Einzelplan des Kollegen Laschet ist kein ausreichender Hinweis gewesen. Es handelt sich in der Tat um Kürzungen beim Ehrenamt. Aber, meine Damen und Herren, das passt möglicherweise nicht gut in das Imagekonzept. Sie haben lange nichts davon gehört, deshalb will ich es noch einmal in Erinnerung rufen – ich glaube, die Kollegin Lohrmann wird dieses Thema dankenswerterweise gleich auch noch einmal aufgreifen –: Es geht um ein Imagekonzept, das – zur Erinnerung für Sie – eine „simulierte Bürgerbeteiligung“ vorsah. Dass da ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement nicht hineinpasst, das kann man aus Ihrem Blickwinkel nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 02 umfasst ja die Bereiche, die in der direkten Zuständigkeit des Ministerpräsidenten liegen. Von daher hätten wir uns gewünscht, dass im Bereich „Europa und Internationales“, im Bereich Medien Dinge vorgelegt werden, die in eine andere Richtung gehen, und dass dort ein vernünftiger Umgang mit den knappen Mitteln stattfindet, wo Sie doch sonst immer den Anspruch erheben, das zu tun. Das ist Ihnen nicht gelungen. Schade darum! Wir werden sehen, dass wir möglichst schnell in eine Situation hineinkommen, in der wir das verändern können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kuschke. – Für die CDU spricht nun Frau Keller.

Ilka Keller¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kuschke, was Sie an Vorschlägen jetzt eingebracht haben, war ausgesprochen bescheiden. Aber das wundert uns nicht, denn wir können wirklich sagen: Was im letzten Jahr europapolitisch vonseiten der Opposition passiert ist, ist einfach nur Lamentieren. Wir dagegen handeln, und fassen das heute hier zusammen.

Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir kein Profil haben und dass Sie ein europapolitisches Profil vermissen, muss ich doch einmal fragen: Was haben Sie in den Jahren zuvor an europapolitischem Profil eingebracht? – Dabei können wir wirklich nicht allzu viel feststellen.

Vielleicht sollten Sie zu hören, Herr Kuschke. Das wäre sehr zu begrüßen, weil Sie uns sonst wahr-

scheinlich wieder vorwerfen, dass wir so ideenlos seien. Wir haben vor der Wahl gesagt und immer eingeklagt, als wir uns in der Opposition befanden – Sie erinnern sich vielleicht daran –, dass wir in Brüssel zukünftig besser aufgestellt werden müssten. Wir haben diese Aufgabe jetzt mit unserer Landesvertretung in Brüssel, die diese wirklich wichtige Aufgabe für unser Land zu leisten hat, auch wahrgenommen. Wir wissen: Über 80 % aller europäischen Gesetzesvorhaben kommen aus Brüssel und tangieren uns auf Länderebene. Wir müssen uns sehr engagiert damit auseinandersetzen.

Es ist daher unsere Aufgabe, uns für die Zukunft hier neu aufzustellen. Das ist mit Minister Breuer geschehen. Mit ihm ist eine kompetente Leitung verbunden. Auch intern wird die Aufgabenverteilung ganz neu überdacht, sodass eine absolute Vernetzung mit dem Land vorhanden ist und wir – das ist ganz klar – eine regelmäßige Information über das bekommen, was in Brüssel passiert und was wir wissen müssen.

Damit wir diese effektive Arbeit für die Landesvertretung und für das Land auch leisten können, ist natürlich in der Tat im Haushalt unter dem entsprechenden Kapitel 02 110 der Titel erhöht worden.

Wir haben die Strukturpolitik in den letzten Wochen hier immer heftig diskutiert; wir hatten auch eine Anhörung dazu. Die war auch richtig und wichtig. Denn der Anhörung konnten wir entnehmen, dass unser neuer Weg, die Strukturmittel in einem Wettbewerb zu verteilen, völlig konform mit den Sachverständigen geht.

Sie haben immer eingeklagt, dass wir das Ruhrgebiet zukünftig nicht genügend berücksichtigen. Wir wissen natürlich, welche Bedeutung die Strukturpolitik für das Ruhrgebiet hat und wie wichtig es ist, dass wir auch darauf schauen. Aber ebenso wollen wir natürlich auch anderen Regionen die Chance eröffnen. Wir haben uns in Brüssel dafür eingebracht – auch der Ministerpräsident persönlich –, dass zukünftig eine private Kofinanzierung möglich wird. Das alles haben Sie immer infrage gestellt.

(Bodo Wißen [SPD]: Das kann man auch nur infrage stellen!)

Wir freuen uns natürlich, dass Sie uns jetzt in dem Vorhaben auch begleiten und es gut finden, dass das jetzt möglich geworden ist. Das ist eine riesige Chance. Insofern meine ich, dass durch die privaten Mittel auch zukünftig sichergestellt wird, dass das Optimum mit diesen Mitteln erreicht wird.

Wir wollen in der Tat neue Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen gerade für die Bereiche Wissenschaft und Forschung Mittel einsetzen – natürlich auch – ich will sie beruhigen – für das Ruhrgebiet.

Wir haben uns auch immer wieder gefragt: Was müssen wir für Europa noch generell tun? Wir wissen, dass Europa in einer Sinnkrise ist, weil die europäische Verfassung in den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden von der Bevölkerung abgelehnt wurde. Dadurch ist alles wieder im Fluss. Wir haben dazu auch unsere Anmerkungen in Form eines Antrags vorgebracht. Der Kernpunkt dieser Forderung war – ich denke, da sind wir beieinander –, dass wir zukünftig noch mehr eine bürgernahe Europapolitik gestalten müssen, damit die Menschen auch noch sehr viel mehr erfahren, wie die Zusammenhänge in Europa sind.

Wir haben also auch gesagt, dass wir diese Richtlinien, die aus Europa kommen, zukünftig nur noch 1:1 umsetzen wollen. Das, was in den Jahren vorher versäumt ist und zusätzlich die Lage erschwert hat, wollen wir Zug um Zug zurücknehmen.

Unabhängig von der Frage, ob der Text des europäischen Verfassungsvertrages geändert werden muss oder nicht, müssen und wollen wir den Kontext der europäischen Debatte verstärkt aufgreifen und unsere Europapolitik zukünftig noch stärker transparent machen. Wir sehen die Bedeutung Europas im Zusammenspiel mit den Ländern. Das ist vor allen Dingen in unserem föderalistischen System von großer Bedeutung, damit wir innerhalb Europas den Wettbewerb mit den anderen europäischen Ländern für die Zukunft wirklich tragend gestalten können.

Ein tolles Ergebnis haben wir bei den Strukturmitteln erreicht. Frau Kraft hat mir eben noch einmal bestätigt, dass wir voraussichtlich 2,3 Milliarden € bekommen werden. Es ist doch wichtig, dass wir diese Mittel, die wir zukünftig von dort erhalten, für unser Land sinnvoll ausgeben. Dabei erwarte ich Ihre konstruktive Mitarbeit für die Zukunft und bedanke mich.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Keller. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten den Etat

des Ministerpräsidenten. Ich will gern mit einem Zitat von Herrn Rüttgers beginnen:

(Demonstratives Gähnen von Christian Lindner [FDP])

„Wir werden überall sparen müssen, und jeder wird es spüren“,

so sprach er nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit der FDP im Juni 2005. Und es ging noch weiter:

„Wir werden den Menschen Erhebliches zumuten müssen. Jeder wird sich etwas überlegen müssen,“

– so sagte er damals –

„wie er mit weniger Geld, aber mit mehr Engagement und besseren Ideen auskommt.“

(Zustimmung von Christian Lindner [FDP])

„Überall“? „Jeder“? „Erhebliches zumuten“? – Wenn wir die Debatte von gestern und heute noch einmal Revue passieren lassen, kann man eines mit Fug und Recht sagen: Das, was die Regierung Rüttgers seit beinahe einem Jahr veranstaltet, ist in der Tat für viele Bereiche und für viele Menschen in unserem Land eine Zumutung. Das ist richtig. Aber „überall“? „Jeder“? – Nein, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es trifft eben nicht alle Menschen gleichermaßen, sondern vor allem diejenigen, die sich besonders schlecht wehren können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es trifft Kinder. Es trifft sozial Schwache. Es trifft Kranke. Es trifft Opfer von Gewalt.

Wenn wir uns nun aber den Einzelplan des Ministerpräsidenten anschauen, dann ist eben dort kein Minus, sondern ein sattes Plus von deutlich mehr als 10 % zu verzeichnen. Kommen Sie mir jetzt nicht mit den 850.000 € Mehrausgaben für die NRW-Tage anlässlich des 60-jährigen Geburtstages des Landes, den wir natürlich auch gerne gemeinsam feiern wollen. Selbst wenn man das aus dem Etat des Ministerpräsidenten herausrechnet, bleibt noch ein sattes Plus von mehr als 3 Millionen € in dem Etat übrig: mehr für Beratung, mehr für Gutachten, mehr für Veranstaltungen des Ministerpräsidenten, mehr für die Erfüllung von Repräsentationspflichten usw. So ist die Lage.

Der Ministerpräsident, der auch leider heute dieser Debatte nicht folgt, musste sich offensichtlich keine Gedanken darüber machen, wie er mit we-

niger Geld, aber mit mehr Engagement und besseren Ideen auskommen kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Oder ist das vielleicht der eigentliche Hintergrund der Vervielfachung des Etats für wissenschaftliche Beratung zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen, dass er viel für Leute ausgeben will, die sich für den Ministerpräsidenten Gedanken machen, wie er zukünftig mit weniger Geld auskommen kann? – Wenn ja, dann bin ich gespannt auf den zukünftigen Haushalt des Ministerpräsidenten. Ich frage mich sowieso, was diese ganzen Gutachten sollen. Herr Breuer, jetzt trifft es wieder einmal Sie. Ihre Regierung hört doch sowieso nicht auf die Fachleute.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie fegen doch die Bedenken, die in Anhörungen vorgetragen werden, einfach vom Tisch.

Weniger Geld, mehr Engagement, bessere Ideen – das waren die Worte des Ministerpräsidenten. Wenn er sich offensichtlich auch nicht selbst gemeint haben kann, wie die Zahlen zeigen, dann ist weniger Geld zumindest in manchen Kapiteln dieses Einzelplans verankert, ohne dass der Ausgleich durch die besseren Ideen überhaupt zu erkennen wäre.

Beispielsweise im Bereich Europa und internationale Angelegenheiten kürzt die Regierung Mittel für die Pflege von Auslandsbeziehungen oder für Projekte im In- und Ausland drastisch zusammen. Ausgleich durch bessere Ideen? – Fehlangeige! Es sei denn, man betrachtet es tatsächlich als eine gute Idee, in der Landesvertretung in Brüssel neue Stellen zu schaffen, um sie mit Parteifreunden zu besetzen. Das ist das Einzige, was wir da feststellen konnten. Denn wirklich etwas bewirken können diese zusätzlichen Stellen nicht, weil Sie ja auch hier konsequenterweise – so muss man es ja wohl sagen – die Sachmittel für die eigentliche Arbeit um 20 % gekürzt haben.

So werden Sie, Herr Breuer, der steigenden Bedeutung Europas nicht gerecht werden können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Keller, ich sehe nicht, dass es da in irgendeiner Weise eine große Veränderung gibt. Sicher sind wir uns hier im Parlament einig, dass es darauf ankommt, Europa fühlbarer und greifbarer zu machen und auch neu für Europa zu werben. Aber ich sehe nicht, dass da wirklich etwas passiert.

Meine Damen und Herren, weniger Zukunft war selten. Mehr für Repräsentation, weniger für internationale Zusammenarbeit, mehr für Stellen, weniger für konkrete Arbeit – das ist das Kennzeichen dieses Einzelplans.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das Stichwort konkrete Arbeit noch einmal aufgreifen. Viel konkrete, planvolle, zielgerichtete Arbeit kann in der Staatskanzlei ja wohl nicht laufen. Personalquerelen, jeder gegen jeden, ein Chef der Staatskanzlei auf Abruf – Pleiten, Pech und Pannen würde ich das einmal zusammenfassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Eine Imagekampagne für den Ministerpräsidenten wurde da geplant. Nur der öffentliche Druck, den SPD und Grüne da entfaltet haben, und die vielfältigen Debatten haben wohl dazu geführt, dass Sie, wenn sie auch nicht schnell beerdigt wurde, aber nach langen Debatten gemerkt haben, dass das wohl nicht in die Zeit passt und dass Sie so dreist wohl doch nicht sein wollen.

Wir sehen Chaos auf allen Ebenen. Selbst die Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände im Haushaltsverfahren wurde verschlafen. Das ist das Bild des Hauses des Ministerpräsidenten in der Öffentlichkeit. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das schadet auch dem Ansehen des Landes.

Die Schaffung von Dutzenden von neuen Stellen und die Versorgung von Parteigängern hat dieses Chaos offensichtlich noch weiter verstärkt. Eine geordnete Regierungszentrale sieht anders aus. Ich bin gespannt, ob für den neuen Chef der Staatskanzlei wieder eine zusätzliche Stelle geschaffen werden muss.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Meine Damen und Herren, auch einen weiteren Gedanken will ich Ihnen nicht ersparen; Herr Kuschke hat ihn schon angedeutet, und ich habe ihn ebenfalls schon in den Beratungen des Haushalts vorgetragen. Ich finde eine Kürzung anders als die SPD konsequent, nämlich die Kürzung bei den Ehrenamtstouren. Ja, wenn man das Ehrenamt durch diese Haushalte der Fachbereiche zerschlägt, dann muss man sich nicht wundern,

(Beifall von den GRÜNEN)

wenn man nicht mehr zu Veranstaltungen zum Ehrenamt eingeladen wird. Dann braucht man auch keine Ehrenamtstouren mehr zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Sie es nicht mehr gerne hören wollen: Wir Grüne können es besser. Es hätte andere Einsparmöglichkeiten im Einzelplan 02 gegeben als die, die Ihnen eingefallen sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber offensichtlich haben Sie die vor lauter Schielen auf Ihre eigenen persönlichen Töpfe bei der Suche nach Einsparmöglichkeiten schlicht und ergreifend übersehen.

Wir werden dem Etat des Ministerpräsidenten selbstverständlich nicht zustimmen. Herr Keymis wird noch auf die Bereiche Medien und Kultur eingehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Löhrmann. – Als Nächstes spricht nun Frau Freimuth für die FDP-Fraktion.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zwei ganz kurze Bemerkungen: Europa wird auch für das Land Nordrhein-Westfalen immer wichtiger. Immer mehr Entscheidungen fallen auf der europäischen Ebene, die auf die Politik hier im Land Nordrhein-Westfalen auch unmittelbar Einfluss haben. Deswegen ist es aus meiner Sicht wichtig und auch überfällig, dass wir uns in Brüssel anders und besser aufstellen, als wir das in der Vergangenheit gemacht haben, wobei ich durchaus zugestehen will, dass auch in der Vergangenheit Versuche stattgefunden haben, die allerdings noch nicht ausreichend waren.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns in Brüssel besser aufstellen. Wir müssen das auch mit einem anderen Blickwinkel tun. In Brüssel gibt es Netzwerke. Jeder, der sich da schon einmal ein bisschen bewegt hat, weiß das. Die Unternehmen sind vernetzt. Die Verbände sind vernetzt. Es gibt Vernetzungen zum Europäischen Parlament, zur Kommission und zu den Verbänden in anderen europäischen Mitgliedstaaten. Das ist ein echtes Netzwerk! Wir brauchen also auch jemanden, der mit einem solchen Netzwerk arbeiten kann und der auch tatsächlich die Interessen Nordrhein-Westfalens dort engagiert und mit Leidenschaft vertreten kann und vertreten wird. Deswegen bin ich ganz zuversichtlich im Hinblick auf das, was auch im Hauptausschuss bereits an Konzept für die Ausrichtung der Europapolitik oder für die Interessenvertretung Nordrhein-Westfalens in Europa,

das heißt in Brüssel und in Straßburg, präsentiert worden ist.

Es ja angeboten worden, dass sich der neue Leiter der Landesvertretung in Brüssel im Hauptausschuss vorstellt und über seine Arbeit und über die Umsetzung der Konzeption, die wir hier im Landtag gemeinsam mit der Landesregierung entwickeln, Bericht erstattet, damit wir von dort Informationen bekommen. Es geht auch um ein enges Miteinander von Parlament, Landesvertretung in Brüssel und Landesregierung. Wir müssen unsere Interessen in Europa wahrnehmen, und zwar engagierter als in der Vergangenheit. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Freimuth. – Nun spricht Frau Nell-Paul für die SPD.

Claudia Nell-Paul (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich läute jetzt sozusagen die Beratungen über den Kulturhaushalt ein. Ich mache es kurz, knapp und schmerzlos und sage: Jawohl, Anerkennung und Unterstützung für den Kulturhaushalt. Sie haben Ihr Versprechen, den Kulturförderetat schrittweise anzuheben und in dieser Legislaturperiode zu verdoppeln, zumindest im Ansatz eingelöst. – Wir haben also Steigerungsraten im Kulturhaushalt zu verzeichnen. Das begrüßen wir, und das sage ich hier ausdrücklich.

Wir werden natürlich sehr genau beobachten, wofür die zusätzlichen Fördergelder verausgabt werden und an wen sie gehen. Sie wissen, dass viele Positionen im Kulturhaushalt Sammelhaushaltsstellen sind, sodass wir sicherlich noch im Detail beraten werden, für welche Aktivitäten im Lande das Geld da ist.

Wir werden auch sehr stark darauf achten, dass diese Gelder sehr unbürokratisch an die kulturellen Initiativen und Gruppen weitergegeben werden. Wir haben leider schon Anzeichen dafür, dass es statt weniger mehr Bürokratie gibt – siehe Landesmusikrat.

Ich muss allerdings auch sagen, dass ich trotz der Freude über die Erhöhung des Haushalts, die ich hier kundtue, auch ein paar Wermutstropfen in den Wein gießen muss; denn das Ganze – das steht hier natürlich im Zusammenhang mit dem Haushalt insgesamt – hat keine Linie und keinen roten Faden bezogen auf den Gesamthaushalt.

(Beifall von der SPD)

Wir haben eine wunderbare Erweiterung, einen zusätzlichen Topf nämlich die kulturelle Bildung. Das begrüßen wir sehr. Hier sind 1 Million € mehr eingesetzt. Aber auf der anderen Seite – darüber haben wir hier in den letzten Tagen beraten – verzeichnen wir Einschnitte im Jugend- und Kinderbereich, zum Beispiel bei den Kindergärten. Wir fragen uns, wie das zusammenpasst. Es passt nicht zusammen. Man kann nicht bei Kindern und Jugendlichen kürzen und sparen und gleichzeitig die Fahne der kulturellen Bildung hochhalten. Das passt nicht, und deshalb hat dieser Kulturhaushalt mit Blick auf den Gesamthaushalt keine Linie. Das wollen wir hier auch kritisch anmerken.

(Beifall von der SPD)

Ich darf hier die Gelegenheit nutzen und einen weiteren Punkt anbringen. Herr Große-Brockhoff, der Staatssekretär für Kultur, ist heute entschuldigt. Das bedauern wir; denn die Haushaltsberatungen finden nur einmal im Jahr statt. Deshalb hätten wir ihn gerne hier gesehen. Aber okay, das ist nicht so schlimm.

(Zuruf von der CDU)

Ich finde allerdings, die Spekulationen in der Öffentlichkeit, die sich um die Person Große-Brockhoff drehen, müssen beendet werden. Ich hoffe, dass der Ministerpräsident bald einmal ein klares Wort dazu sagt; denn diese schaden dem Kulturland NRW auch. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön. – Als Nächster spricht nun Herr Prof. Dr. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kulturhaushalt steht nicht im Gesamtzusammenhang des Haushaltes. Das stimmt. Wir haben, neben dem Bildungsetat, in dem es um ganz andere Summen geht, einen Kulturetat, der eine Steigerungsraten aufweist. Ist das eigentlich verantwortbar?

Wir haben über die Erblast der zerrütteten Finanzen mit diesen gigantischen Schulden und Zinszahlungen gestern und heute sehr viel geredet. Wie kann man eigentlich die versprochene Verdoppelung des Kulturförderetats verantworten? Wir sprechen hier über 13 Millionen € oder gut 18 % des Etats von 70 Millionen €. Das heißt, es ist genau der Anfang der Verdoppelung über die gesamte Legislaturperiode hinweg. Die anderen Summen, die in dem entsprechenden Etat stehen,

sind sehr sinnvolle Übertragungen aus dem GFG in diesen Haushaltstitel.

Bezogen auf den Gesamtetat NRW sprechen wir über ganze 0,15 %. Ist das überhaupt der Rede wert? Ich glaube, es ist ungeheuer wichtig, dass dieser Etatposten verstärkt wird. Aber ich spreche von den Steigerungen ohne jeden Ansatz eines Triumphgefühls. Dazu besteht auch kein Anlass; denn das, was hier vorgelegt wird, ist vor allen Dingen ein Wiedergutmachungsetat. Die Kulturausgaben sind in den letzten Jahren nämlich drastisch zusammengestrichen worden.

Ich gebe ein Beispiel: Die Landesförderung der regionalen Kulturarbeit betrug ohne die teure Ruhr-Triennale 2001 noch über 6 Millionen €. Im Doppelhaushalt 2004/2005 waren es noch ganze 2,5 Millionen €. Wenn wir diesen Etat jetzt auf 3,8 Millionen € erhöhen, ist das unter anderem eine Reaktion auf die bittere Feststellung, dass „es zu einer teilweisen Resignation innerhalb der regionalen Netzwerke bereits gekommen ist“.

Ein anderes Beispiel: Bei den Bibliotheken wurde allein 2003 um 41,6 % gekürzt; die Zuschüsse zur Förderung Laienmusikarbeit wurden gar von 1 Million € auf 100.000 € gekürzt.

Wie eine Antwort auf unsere Anfrage verdeutlicht hat, ist leider Gottes auch sehr viel von den Einsparungen in vielen kleinen Titeln zur Finanzierung der sehr aufwendigen Ruhrtriennale genutzt worden. Die Ruhrtriennale wurde keineswegs allein mit neuem Geld finanziert. Der Kulturförderetat des Landes wurde von 91,4 Millionen € im Jahr 2003 auf 69,8 Millionen € im Doppelhaushalt 2004/2005 gekürzt. Das sind 25 % weniger.

Aber auch im Kulturetat hatte man, wie bei der Jugendförderung oder bei der Weiterbildung, eine besonders üble Methode angewandt, nämlich die Methode, die Kürzungen nur als auf den Doppelhaushalt 2004/2005 bezogen zu bezeichnen, die 2006 wieder zurückgenommen werden würden, wohl wissend, dass das eigentlich nicht zu verantworten wäre.

Meine Damen und Herren, die neue Regierung in Nordrhein-Westfalen engagiert sich trotz der Finanzsituation des Landes stärker – mit Unterstützung der Landtagsfraktionen der Koalition. Aber es wird nicht die Gießkanne gefüllt, sondern es werden Schwerpunkte gesetzt.

Ein wichtiger Akzent liegt auf der kulturellen Kinder- und Jugendbildung – dazu haben wir gestern schon vom Ministerpräsidenten einiges gehört. Das Programm „Kultur und Schule“ ist als das Er-

gebnis unserer parlamentarischen Initiative bereits angelaufen.

Grundlage aller kulturellen Aktivitäten, die wir finanzieren, ist die kulturelle Bildung in allen Altersstufen, das heißt vom Kindergarten über die Grundschule und die weiterführenden Schulen bis hin zu einem Zeitpunkt weit nach der Schulentlassung. Es sei darauf hingewiesen, dass der Skandal, die kulturelle Bildung aus der Finanzierung nach dem Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen zum 1. Januar 2006 herauszunehmen, von uns rückgängig gemacht worden ist.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist kein Skandal, sondern ein Bestandteil der Novelle, der Sie zugestimmt haben!)

– Ich bleibe dabei, dass es ein großer Skandal war. Zum Glück ist das rückgängig gemacht worden.

(Beifall von der CDU)

Einige Stichworte zur zusätzlichen Förderung auf anderen Feldern!

Wir werden den Bereich der Sozio- oder Laienkultur sehr deutlich verstärken – die Soziokultur, um die innovativen Potenziale der freien Szene zu erhalten und weiter auszubauen.

Aber es gilt in Nordrhein-Westfalen auch ein reiches historisches Erbe zu bewahren. Das Wort Archivwesen taucht in der Regierungserklärung des jetzt amtierenden Ministerpräsidenten zum ersten Mal in einer Regierungserklärung auf. Archive spielen jetzt eine Rolle. Wir werden unter anderem, um den Papierzerfall der Archive zu stoppen, ein besonderes Programm für Papierrestauration anlaufen lassen.

(Beifall von der CDU)

Zum Bürokratieabbau als Ziel der Landesregierung! Der Etat, den Sie vor sich liegen haben, bringt über Verpflichtungsermächtigungen ein Höchstmaß an Sicherheit vor allem für die Bezieher relativ kleiner, aber jährlich wiederkehrender Zuwendungen.

Wenn wir als Fraktion nur einen Änderungsantrag vorlegen, heißt das natürlich nicht, dass dieser Etat nicht die Handschrift der Koalitionsfraktionen trüge. Die Ansätze und Schwerpunkte, die Sie sehen, sind gemeinsam erarbeitet worden und werden gemeinsam umgesetzt. Die einzige Veränderung betrifft die Landesmusikakademie Heek, die einzige Landesmusikakademie, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, die diese 60.000 € mehr braucht, um ihren Betrieb sicher fortzuführen.

Meine Damen und Herren, eine Frage: Was macht eigentlich das Thema Kultur zu einem wichtigen Thema? Wird denn Kultur nicht viel mehr unter Entertainment, Freizeit oder Lifestyle abgebucht, auf jeden Fall außerhalb der wirklich wichtigen Themen? Ich glaube, Kunst und Kultur sind sehr viel mehr. Kunst ist als Element der Identitätsbildung ein Element eines erfüllten Lebens. Ich denke, insbesondere in der Zeit der Selbstfindung in interkulturellen Lebenssituationen ist das besonders wichtig; denn Offenheit und Dialogfähigkeit verlangen ein Stehen im Eigenen.

Meine Damen und Herren, wir bitten Sie, einem Etat zuzustimmen, der trotz seiner marginalen Größe keineswegs unbedeutend ist. Denn wenn man die grundgesetzlich garantierte Kulturkompetenz der Länder in einem föderalen System erhalten will, dann muss sie sich auch im gesetzlichen und im finanziellen Handeln der Landesregierung wirksam zeigen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke, Herr Dr. Sternberg. – Herr Keymis spricht nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Oliver Keymis (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Sternberg, jetzt hätte der Abend so nett werden können. Aber nach der Rede bin ich natürlich jetzt gerufen, ein bisschen dagegen zu halten,

(Zuruf von der CDU)

wobei ich das eigentlich nicht will. Denn es ist doch der einzige Haushaltsteil, den Sie aus unserer Sicht wirklich klug und richtig geregelt haben. Insofern verstehe ich nicht ganz, dass Sie noch einmal so nach hinten schauen. Ich habe auch den Eindruck, es ist mehr eine Rede in Ihre eigene Fraktion hinein gewesen, denn Sie müssen sicherlich noch einmal rechtfertigen, warum Sie hier netto etwa 13 Millionen € mit Hilfe des Ministerpräsidenten drauflegen konnten. Ich verstehe das auch, denn es löst natürlich auch bei Ihnen Debatten aus, weil der Haushalt das in seiner Unausgewogenheit eigentlich nicht hergibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das eigentliche Problem ist aber, dass Sie, Herr Dr. Sternberg, bestimmte Dinge jetzt so vorstellen, als ob es Ihre Arbeit wäre, die jetzt zum Tragen kommt. Beispiel ist der Antrag zur kulturellen Bildung. Mein Eindruck ist, dass der Antrag so gerade fertig war, als schon die Prospekte der Kulturabteilung im Druck waren, die den Antrag schon umgesetzt hatte. So wirkte das zumindest.

Es ist trotzdem richtig und gut; nur sollte man es nicht als großen politischen Erfolg verkaufen, weil vieles von dem, was Sie jetzt in Ihrer neuen Verantwortung aufgeschrieben haben, im Prinzip schon 15 Jahre vorher gedacht und mindestens fünf Jahre vorher gemacht wurde.

(Beifall von Claudia Nell-Paul [SPD])

Insofern ist das nicht alles völlig neu. Es wird nichts neu erfunden, auch im Haushalt 2006 und im Bereich Kultur nicht.

Von Ihnen wird immer wieder die Ruhr-Triennale mit der Beschreibung „sehr teuer“ erwähnt. Klar war das teuer; das war eine echte Anstrengung. Man könnte ja auch einmal darüber nachdenken, was die gebracht hat. Unter dem Strich haben wir doch gerade gestern – der Ministerpräsident hat es persönlich abgefeiert – die erfolgreiche Kulturhauptstadt-Bewerbung gemeinsam begrüßt. Das ist doch Ergebnis der Triennale.

(Ralf Witzel [FDP]: Nein!)

Ich bin fast fest davon überzeugt, dass Essen es ohne die Triennale nicht geworden wäre. Punktum.

(Ralf Witzel [FDP]: Nein, jetzt reden Sie aber die Region schlecht!)

– Herr Witzel, Sie waren gar nicht daran beteiligt. Sie reden jetzt nur dazwischen, obwohl Sie von diesem Thema bisher überhaupt noch nichts verstanden haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber es ist schön, dass Sie sich jetzt als Essener dazu äußern und sich auch aufgewertet fühlen. Aber das Tolle ist doch, Herr Witzel, dass die gesamte Region und das gesamte Land durch die Entscheidung von Brüssel aufgewertet wurden.

Der Etat ist prima, Herr Kollege Sternberg. Wir von den Grünen haben das jedenfalls in unserer Fraktion sehr begrüßt, und wir freuen uns, dass Sie der Kultur damit ein ganzes Stück nach vorne helfen. Es ist zwar nicht das, was ursprünglich angekündigt war, nämlich die Verdoppelung des Kulturretats. Es ist die begonnene Verdoppelung des Kulturförderetats. Das ist etwas weniger, aber das ist auch absolut zu konzedieren, und es ist gut so.

Ich begrüße auch die Entscheidung zur Kunstsammlung NRW ausdrücklich; die haben Sie ja auch schon getroffen.

Was ich bedaure, ist, dass wir beim Thema Kultur die von Ihnen angekündigte Kulturministerpräsidentschaft fast nicht spüren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Heute Abend ist der Ministerpräsident leider nicht da; es ist sein Etat, und er ist nicht anwesend. Wir haben eben gehört, dass Herr Staatssekretär Große-Brockhoff auch nicht anwesend ist – entschuldigt oder nicht; er ist nicht da. Zudem gibt es ja jetzt Debatten darüber, ob er in beiden Funktionen bleibt, die er uns ja einmal als Schnittstellenfunktionen vorgetragen hat: Dann bin ich stark; als Chef der Staatskanzlei setze ich die Kultur quasi quer über alle Ressorts. Das ist klasse gedacht, aber jetzt wird es offenbar nicht weiter gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insofern ist manches davon golden begonnen worden, beginnt aber nun zu bröckeln. Jetzt wollen wir hoffen, dass es bei den Mitteln nicht so ist. Ich freue mich, dass die Kollegen Freimuth das ähnlich sieht und dass Sie das in Ihren Fraktionen gemeinsam vorantreiben. Beim Thema Kultur werden Sie an dieser Stelle die Unterstützung der Grünen-Fraktion weiterhin haben. Wir werden den Gesamtetat zwar ablehnen, aber wir haben – ich erinnere daran – im Ausschuss diesem Teiletat zugestimmt. Das ist der Kultur in Nordrhein-Westfalen geschuldet. Es ist gut, wenn es weitergeht mit der Kultur, und zwar in dem Sinne, wie wir das schon seit vielen Jahren tun. Wenn Sie diese Anstrengung verstärken, dann ist das umso besser. Unsere Unterstützung hätten Sie dabei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Keymis. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Keymis, ich danke Ihnen erst einmal dafür, dass Sie auch bei den Beratungen im Ausschuss, aber auch im parlamentarischen Beratungsverfahren anerkennen, dass wir im Bereich der Kulturförderung die von uns in Aussicht genommene Verdoppelung des Kulturförderetats realisieren. Ich halte es allerdings für ein bisschen befremdlich, wenn von Ihrer Kollegin – ich meine, es war vorhin die Kollegin Löhrmann; aber auch bei Frau Nell-Paul gab es eine solche Andeutung, wenn ich mich recht erinnere – darauf hingewiesen wird, dass es doch eigentlich nicht zu vertreten sei, dass der Kulturförderetat angehoben werde und andere Bereiche des Haushaltes eben nicht.

Stringenz würde ich mir auch an der Stelle wünschen, zumal wir uns intensiv mit der Frage auseinandergesetzt haben, welche Bedeutung und welchen Stellenwert Kultur hat – gerade in einer Gesellschaft, die wegen Integration, wegen Globalisierung, wegen demographischer Entwicklung vor sozialen Brüchen und vor sozialen Wandlungen steht. Auch Kunst und Kultur sind ganz wichtige wertestiftende und wertebeflebende Elemente für eine Gesellschaft.

Deswegen bin ich froh darüber, dass wir in der Kulturförderpolitik und der Kulturpolitik insgesamt Schwerpunkte gesetzt haben, die in Teilen schon erwähnt worden sind.

Ich möchte drei Punkte ganz besonders hervorheben. Der erste Aspekt ist der Bereich der kulturellen Bildung, insbesondere im Verhältnis Kultur und Schule, weil wir in dem Bereich besondere Anstrengungen unternehmen müssen; denn in der Vergangenheit haben wir eine Konzentration darauf vermisst.

Der zweite Aspekt ist der Substanzerhalt. Das, was wir in Nordrhein-Westfalen an Kultur haben, muss für nachfolgende Generationen erhalten bleiben.

Der dritte Aspekt ist die Zusammenarbeit mit den Kommunen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema „kulturelle Bildung, Kultur und Schule“ wird mit einer eigenen Haushaltsstelle in Höhe von 1 Million € ausgestattet. Dabei geht es um ein Programm, das Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturinstitute in die Schulen bringen soll. Das wurde in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert, aber niemals umgesetzt. Mit diesem Haushalt wird die Realisierung erster Schritte dahin ermöglicht.

(Beifall von der FDP)

Herr Kollege Sternberg hat schon einige weitere Punkte angeführt, die ich nur wiederholen kann: Wir haben Theaterförderung und Musikpflege auch mit Blick auf die Landesmusikakademie in Heek berücksichtigt, weil dort eine sehr wichtige Arbeit geleistet wird, die wir sicherstellen wollen.

Ich weise noch auf eine Forderung hin, die von den Kulturschaffenden und Kulturtreibenden in Nordrhein-Westfalen immer wieder erhoben wird – das ist ein Problem, das uns an vielen Stellen beschäftigt –: Wir müssen zu einer Planungssicherheit kommen. Wir haben deshalb in einem ersten Schritt Verpflichtungsermächtigungen – nicht für alle Bereiche, aber doch in erheblichem Umfang – in den Haushalt 2006 aufgenommen, die für die

Kulturschaffenden und die Institutionen eine dreijährige Planungssicherheit gewährleisten, und zwar auch für die freie Szene. Das ist ein wichtiger Beitrag, den wir für die Kultur in Nordrhein-Westfalen leisten müssen.

(Beifall von FDP und CDU)

– Das ist um diese Uhrzeit im Plenum schon ein ganz besonderer Charme, der mir damit entgegengebracht wird.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es wird ein anstrengender Weg. Wir werden die Ausgaben für die Kulturförderung weiter erhöhen, bis wir eine Verdoppelung erreicht haben. Wir stehen alle gemeinsam vor der Herausforderung, aber auch der Chance, den Benefit, den Kultur für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, für unsere Kinder, für Integration, für das Miteinander der Kulturen leistet, aufzuzeigen. Ich bin der Meinung, dass wir darüber einen Konsens hier im Hause haben, und würde mich darüber freuen, wenn auch die beiden Fraktionen der Opposition diesen Weg konstruktiv mit uns gemeinsam gingen und die Anstrengungen, die wir unternehmen, auch anerkennen würden. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Eumann.

Marc Jan Eumann (SPD): Verehrte Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mit einer – ich will es einmal so formulieren – eher fatalen Mischung aus einem gewissen Desinteresse, aus einer mangelnden Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedeutung des Mediensektors und aus einer fehlenden Wertschätzung des kulturellen Beitrags der Medienszene für das Land heraus werden zurzeit Strukturen zerschlagen, ohne dass auch nur im Ansatz erkennbar wäre, mit welchem Sinn, mit welchem Verstand, mit welchem Konzept dies erfolgt.

(Beifall von der SPD – Wolfram Kuschke [SPD]: Wer hat das gesagt?)

– Die FDP im Jahre 2003. Damals betrug der Medienetat der Staatskanzlei 34 Millionen € und 33 Millionen € Verpflichtungsermächtigung. Heute reden wir über 21,24 Millionen € und 14,8 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen. Ich bin sehr gespannt, was die FDP zu den Strukturen und zur Bedeutung der Medienpolitik in diesem Lande vor dem Hintergrund dieses Haushaltsentwurfes sagt.

(Beifall von der SPD)

Die Medienpolitik und die Medienwirtschaft sind nämlich – das haben die Vorredner deutlich gemacht – Verlierer dieses Etats. Denn klar ist: Im Bereich des Ministerpräsidenten werden die Ausgaben erhöht, im Bereich der Kultur gibt es Erhöhungen, und es wird überproportional im Bereich MTK gekürzt, nämlich im Vergleich zum Vorjahr um fast 25 %.

(Ralf Witzel [FDP]: Seien Sie doch nicht so aufgeregt, Herr Eumann!)

– Nein, ich bin gar nicht aufgeregt. Aber Sie, Herr Witzel, unterschätzen die Bedeutung der Medienpolitik für Nordrhein-Westfalen. Das kommt in Ihrem Haushaltsentwurf zum Ausdruck.

Sie kürzen bei der Filmstiftung um 2,4 Millionen € auf 9,7 Millionen €. Damit riskieren Sie einen Rutschbahneffekt und verspielen Chancen im Wettbewerb. Ich sage klar: Es gibt einen Wettbewerb zwischen Berlin, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Wir verlieren diesen Wettbewerb durch die Politik, die Sie hier zu verantworten haben.

(Beifall von der SPD)

Es ist das falsche Signal, in diesem Bereich zu kürzen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Auch die Diskussion, die Sie über die Wertschöpfung der Filmstiftung begonnen haben, schadet dieser Einrichtung und schadet Nordrhein-Westfalen. Wenn man diese Diskussion anfängt, Herr Staatssekretär Kemper, dann muss man sich über die Währung verständigen. Man kann nicht die Währung von Bayern vergleichen mit der in Nordrhein-Westfalen. Auf diese Diskussion, die wir nicht hier im Plenum führen, freue ich mich außerordentlich.

Eine letzte Anmerkung – mein Kollege Kuschke hat es schon angesprochen –: es ist das falsche Signal, wenige Wochen vor dem Medienforum 2006 die VE noch einmal um mehr als ein Drittel zu kürzen. Ich sage nicht, dass man darüber nicht nachdenken kann, aber dafür müssen, so denke ich, zwei Kriterien erfüllt werden. Das erste Kriterium besteht darin, dass man diejenigen präsentieren muss, die dann sofort Ausfallbürge für das Land sind. Zweitens hätten Sie – das wäre redlich gewesen, Herr Kollege Brinkmeier, auch mit Blick auf Ihr Engagement im Bereich Kinder und Jugendliche – ein Zeichen setzen können, indem Sie dieses Geld nicht irgendwohin stecken, sondern in Bereiche wie Medienkompetenz, Jugendschutz und Medien. Auch dieses Signal ist nicht

erfolgt. Das reiht sich in den Bedeutungsverlust dieses Politikfeldes ein.

Der Medienrat, der ja auch, wie zu hören ist, auf der Kippe steht, spricht in seinem Bericht davon, es gebe einen gefühlten Bedeutungsverlust für das Land Nordrhein-Westfalen. Das war zugegebenermaßen der Bericht, der überwiegend die Zeit vor dem Mai 2005 beschreibt. Das ist völlig richtig.

(Minister Michael Breuer: Aha!)

Aber ich sage Ihnen, Herr Kollege Breuer: Im nächsten Bericht müsste stehen, dass aus dem gefühlten Bedeutungsverlust ein faktischer Bedeutungsverlust geworden ist.

Heute Morgen habe ich in meinen Mails die Losungen der Herrnhuter Brüder Unität vorgefunden. Die erinnern in einer Losung daran – Ephe- ser 4, 23-24 –:

„Erneuert euch in eurem Geist und Sinn und zieht den neuen Menschen an, der nach Gott geschaffen ist in wahrer Gerechtigkeit und Heiligkeit.“

Das schaffen Sie heute mit diesem Etat nicht mehr. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Eumann. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Jung auf der Tribüne als einzige Vertreterin der Öffentlichkeit! Vorab möchte ich wegen meiner kurzen verbliebenen Redezeit sagen, dass meine Rede auf meiner Homepage nachzulesen ist. Ich möchte jetzt nur kurz auf die Argumente insbesondere des Kollegen Eumann eingehen.

Auch hier kommt das gleiche Procedere zum Zuge, das wir auch gehabt haben. Herr Eumann hat gerade eben sehr emphatisch vor unserem Publikum gesprochen. Auch das kennen wir. Das übt sich. Ich sollte das vielleicht auch einmal versuchen. Als Westfale ist man aber nüchterner angelegt.

Aber zur Sache: Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Kürzungen im MTK-Bereich in der vergangenen Legislaturperiode um ein Vielfaches höher waren als das, was jetzt vorgesehen ist. Dass wir Kürzungen vornehmen, haben wir gesagt. Auch in diesem Bereich müssen Einsparun-

gen erbracht werden. Wenn Sie davon sprechen, dadurch werde Hand an Strukturen angelegt, weise ich darauf hin, dass es in der alten Wahlperiode noch große Ideen gegeben hat, die gesamte Medienpolitik in der Medien GmbH, die jetzt in Liquidation ist, zusammenzufassen. Deshalb, so denke ich, fehlt Ihnen das Recht, über unser Vorgehen in dieser Weise zu urteilen.

Wir hätten gern mehr Geld für diesen Bereich, auch für die Filmstiftung als herausragendes Beispiel. Das Geld dafür fehlt uns jetzt. Wir haben deshalb in dem Bereich leider schmerzlich kürzen müssen. Ich weise aber darauf hin, dass diese Kürzungen nicht im kulturellen Bereich geschehen, sondern nur im Bereich der wirtschaftlichen Filmförderung. Aber auch in dem Bereich kann man noch einiges erreichen. Dazu können wir ebenfalls im Bericht des Medienrates nachlesen, dass bei der wirtschaftlichen Filmförderung nicht der Weisheit letzter Schluss erreicht worden ist. Wir haben darüber auch schon im Hauptausschuss gesprochen. Ich denke, wir werden in diese Thematik noch tiefer einsteigen.

Ich erhalte die Ermahnung, dass meine Redezeit vorbei ist. Ich würde gern noch mehr darüber sprechen. Ich bin gern für Rückfragen – auch für die Medienszene – nicht nur via Internet, sondern auch leibhaftig erreichbar. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön. – Als Nächster spricht Herr Keymis für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Oliver, darf ich dir eine Stützfrage stellen?)

Oliver Keymis (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Die Filmförderung ist angesprochen worden. Das halte ich in diesem Etat für das Hauptproblem. Die Kürzungen insgesamt sind natürlich auch ein Problem. Meine Kollegin Löhrmann hat gerade noch einmal darauf hingewiesen, dass es schon so ist, dass es unterschiedliche Wahrnehmungen im Hause des Ministerpräsidenten gibt. Eine besteht eben darin, dass der Medienanteil am meisten gelitten hat.

Der Kollege Eumann hat engagiert und sehr leidenschaftlich darauf hingewiesen. Die Leidenschaft ist nachvollziehbar, weil wir in der früheren Koalition in den letzten Jahren immer bemüht waren, das Medienland NRW wirklich an die Weltspitze zu verhelfen. Das ist eh schwer genug. Aber wir haben den Anspruch so nie formuliert. Das ist übrigens der entscheidende Unterschied. Wir

haben es aber versucht. Bei Ihnen ist es umgekehrt. Ich erinnere mich gut daran, dass der Ministerpräsident auf dem letzten Medienforum in Köln bei der Eröffnung gesagt hat, NRW solle als Medienland Weltspitze werden. Seitdem beobachten wir, dass es bei diesen Bemühungen nicht so stark vorangeht, wie wir uns das wünschen würden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ein echtes Beispiel dafür ist die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen. Das ist sicher das Erfolgsprojekt, das Wirtschaftsförderung und Kulturförderung miteinander in Nordrhein-Westfalen verbindet.

Herr Kollege Brinkmeier, Sie haben bezüglich der Medien GmbH Krokodilstränen geweint. Mit dieser GmbH haben wir uns sehr schwer getan. Aber bei der Filmstiftung haben wir uns alle überhaupt nicht schwer getan. Umso bedauerlicher ist es, dass Sie da so massiv hineingeschnitten haben und es politisch nicht mehr reparieren konnten, obwohl ich nach wie vor davon überzeugt bin, dass es in dem Haushalt, über den wir hier reden, Möglichkeiten gegeben hätte. Es gab ja auch die entsprechenden Änderungsanträge dazu.

Ich möchte noch gerne zwei Punkte ansprechen, die mir wichtig sind. Es ist darüber hinaus vom Etat abgesehen nicht erkennbar, wohin medienpolitisch die Reise im Land geht. Ich freue mich über die immer wieder öffentlich gemachten Bekundungen bezüglich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Es ist gut so, dass auch die neue Mehrheit im Landtag das so sieht, wobei es, glaube ich, Nuancen zwischen den Koalitionsfraktionen gibt, aber die wollen wir jetzt hier nicht ausbreiten.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass wir überhaupt keinen Hinweis darauf haben, in welche Richtung es mit dem Landesmediengesetz geht, welche Bedeutung künftig die Medienkompetenztage haben, die der Landtag und die Landesregierung gemeinsam veranstalten, und welche Zukunft das Medienforum hat, wobei wir das nächste Jahr in Ruhe in Betracht nehmen wollen.

Ebenfalls keinen Hinweis gab es auf die Novelle des WDR-Gesetzes. Es wird davon gesprochen, aber niemand weiß, wohin die Reise geht. Es gibt also – das ist auch mein Eindruck, der Eindruck der Grünen-Fraktion – kein ausgegorenes Konzept, sondern zunächst einmal nur ein Hantieren mit dem vorhandenen Material. Das ist zu wenig. Es gab mehr Material; Sie haben sich ein Stückweit selber die Hände gebunden. Es ist traurig, Herr Breuer, dass Sie dazu auch noch einmal

Stellung nehmen müssen, wozu Sie jetzt die Gelegenheit haben.

Schade für die Medienpolitik in NRW. Weltspitze sieht anders aus. Da müssten wir eigentlich hin. Das ist ein hoher Anspruch. Dieser ist nicht von mir, sondern von Ihrem Ministerpräsidenten. Es wäre schön, wenn wir dies trotzdem gemeinsam anstreben könnten. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Keymis. – Für die FDP spricht Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist logisch, dass der Haushalt des Ministerpräsidenten nach einem historischen Politikwechsel eine gewisse Anpassung erfährt, weil strukturelle Anpassungen stattfinden und neue schwerpunktmäßige Akzentuierungen erfolgen. Wir haben in dem Gesamtkomplex, über den wir gesprochen haben, natürlich auch die Kulturpolitik mit herausgehoben.

Erfolgreiche Medienpolitik – das zu meinem Vordner – macht sich aber ausdrücklich nicht nur an der Frage fest, wie viel Geld von staatlicher Seite aus verbrannt wird.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Wenn Sie von Weltspitze reden, dann mit Projekten wie HDO und anderen Rohrkrepierern kommen, wofür Sie in den letzten Jahren Geld des Steuerzahlers eingesetzt haben, diese als Weltspitze loben und uns auffordern, das in ähnlicher Weise fortzusetzen, dann sage ich Ihnen, dass wir andere Vorstellungen haben.

Medienpolitik, Medienwirtschaft und Medienrecht haben für die Koalition der Erneuerung, anders als von der Opposition hier im Hause gerade behauptet, eine hohe Priorität. Wir wollen selbstverständlich die Attraktivität des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen fördern, weiter ausbauen, auf vorhandene Stärken setzen, erfolgreiche Einrichtungen, die unser Land hat, unterstützen, den weiteren Übergang ins digitale Zeitalter gestalten und begleiten sowie die duale Rundfunkordnung mit Blick auf die Zukunft weiterentwickeln.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Witzel, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Keymis?

Ralf Witzel (FDP): Aber gerne.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte schön.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Kollege Witzel, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich in meinem Redebeitrag vorhin, den ich nicht aufgeschrieben habe, zweimal ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass der Begriff „Weltspitze“ von – in Anführungszeichen – „Ihrem“ Ministerpräsidenten und nicht von uns benutzt worden ist, gleichwohl wir uns bemüht haben, dieses Land medienpolitisch sehr weit nach vorne zu bringen?

Ralf Witzel (FDP): Ich danke Ihnen für Ihren Hinweis, Herr Keymis. Der Anspruch, den wir mit unserer Politik verfolgen, richtet sich nach den Zielen, die der Ministerpräsident hier ausgegeben hat, entsprechend aus. Aber Sie haben ja einen direkten Vergleich zwischen Ihrer Politik, die Sie als besser kontrastiert haben, und dem, was die Koalition der Erneuerung plant, hergestellt. Deshalb hatte ich unterstellt, dass Sie auch Ihre Taten an diesem Anspruch messen wollen, wenn Sie sagen, nach Ihrer Auffassung seien sie besser gewesen als das, was wir neu zu bieten haben.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Witzel, Herr Eumann möchte noch eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Ralf Witzel (FDP): Nichts lieber als das.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Eumann.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Witzel, ich hatte meine Rede damit begonnen, eine Einschätzung der FDP über das Zerschlagen von Strukturen aus dem Jahre 2003 zu formulieren. Haben Sie in Ihrer neuen Rolle von dieser Erneuerungsposition Abstand genommen?

Ralf Witzel (FDP): Herr Eumann, Sie haben zu Recht festgestellt, dass sich die Koalition der Erneuerung auf wesentliche Eckpfeiler der Politik verständigt hat, die in unsere heutige Zeit passen, und dass das, was vor vielen Jahren in anderen Zusammenhängen andere handelnde Figuren für richtig hielten, heute nicht mehr das Gebot der Stunde sein muss. Das finden Sie im Koalitionsvertrag, Herr Eumann. Insofern hätten Sie das wissen können. Unser dominantes Leitbild „Privat vor Staat“ gilt selbstverständlich auch für die Medienwirtschaft. Deshalb müssen wir auch hier zu neuen Akzentuierungen kommen.

Da, Herr Eumann, um Ihre Frage zu beantworten, sehen wir als Koalition der Erneuerung selbstverständlich einen Unterschied zwischen der staatlichen Verpflichtung, sich auch investiv im kulturel-

len Bereich zu beteiligen, und dem Bereich der Medienwirtschaft, der als Medienwirtschaft durchaus auf neue, andere tragfähige Strukturen zurückgreifen kann.

(Beifall von der FDP)

Ich danke Ihnen aber für Ihre Zwischenfrage, um das hier noch einmal zu präzisieren.

Die Landesregierung hat sich auch im Bereich der Medienpolitik viel für Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Insofern stimmen wir dem Einzelplan 02 zu, halten ihn auch für richtig. Wir wollen den technischen Fortschritt und die mediale Vielfalt fördern, den Prozess der Digitalisierung beschleunigen, Investitionshemmnisse in Nordrhein-Westfalen abbauen, um den Innovationsgeist der Wirtschaft zu stärken, sowie Missbrauchsgefahren im Internet begegnen, nämlich primär durch eine stärkere internationale Zusammenarbeit, durch technische Schutzmaßnahmen und konsequente Selbstregulierung. Nach unserer Auffassung sind nationale Alleingänge meist wenig effektiv, da sie der Struktur des World Wide Web nicht gerecht werden.

Die digitale Welt braucht auch ein starkes Urheberrecht. Die Modernisierung des Urheberrechts muss deshalb zügig vollendet werden. Notwendig ist dabei vor allem ein besserer Rechtsschutz gegen die illegale Nutzung geschützter Werke. Außerdem muss das urheberrechtliche Vergütungssystem für individuelle Lizenzmodelle geöffnet werden.

Eingangs wurde eine Frage zur Perspektive des Rundfunks, wo man im öffentlich-rechtlichen Bereich über Strukturreformen nachdenken muss, gestellt. Bei all der Ergebnisoffenheit in einem Diskussionsprozess gibt es dort für uns als FDP-Landtagsfraktion wichtige Zielmarken. Wir wollen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk größtmögliche Werbeabsenz, eine klare Definition und Neuausrichtung des Programmauftrags, Sparsamkeit und eine einheitliche Aufsicht über alle Rundfunkanbieter.

Die europäische Wettbewerbsbehörde ist – das ist in diesem Hause bekannt – unlängst zu dem Schluss gekommen, dass die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, wie sie derzeit unter anderem in Deutschland insgesamt – nicht nur in Nordrhein-Westfalen – von der Konstruktion her stattfindet, gegen geltendes EU-Recht verstößt. Aus Sicht der europäischen Wettbewerbsbehörden stellen Gebühren, die außerhalb des Grundversorgungsauftrags verwendet werden, staatliche Beihilfen dar. Diese führen zu unzulässigen Wettbewerbsverzerrungen gegenüber privaten

Rundfunkanbietern. Große Teile des Online-Angebotes von ARD und ZDF fallen in diesen Bereich.

Die FDP fordert deshalb schon seit Langem eine genaue Definition des Grundversorgungsauftrags. Ausschließlich für dessen Erfüllung dürfen die öffentlich-rechtlichen Anbieter ihre Gebühren einnehmen und verwenden. Mit den jetzigen Äußerungen aus Brüssel wird dieser Forderung entsprechender Nachdruck verliehen. Wir hoffen, dass eine Konkretisierung des Funktionsauftrags möglichst bald erfolgt.

Es soll nicht Ziel des Verfahrens sein, den öffentlich-rechtlichen Anbietern das Wasser abzugraben, wie gerne auch hier von der Opposition polemisiert wird, wenn man über Modernisierungsstrategien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks redet. Im Gegenteil: Mit einer klaren Definition des Grundversorgungsauftrags würde endlich Rechtssicherheit auch gegenüber den europäischen Wettbewerbshütern geschaffen, durch eine klare Programmauftragsprofilierung auch eine neue Orientierung zukunftsfest festgeschrieben.

Bei der Entwicklung neuer Technologien bewertet die FDP die Chancen grundsätzlich höher als die Risiken; das dürfte Sie nicht wundern. Wer nur die Risiken sieht, verhindert Fortschritt. Gesetzliche Überregulierungen im Medien- und Telekommunikationsbereich sind deshalb abzubauen und Zuständigkeiten für Gesetzgebung und Aufsicht dort, wo es sinnvoll ist, zu bündeln. Das gilt auch für die Filmförderung.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Der deutsche Film braucht die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die es ihm ermöglichen, auf internationaler Ebene konkurrenzfähig zu sein. Die Außenvertretung des deutschen Films muss deshalb verstärkt werden. Langfristig sollte es auch in Deutschland gelingen, verstärkt Filme zu produzieren, die sich durch ihr Einspielergebnis selbst refinanzieren und auf Dauer keiner öffentlichen Förderung mehr bedürfen. Gerade im kulturellen Bereich kann der deutsche Film und können deutsche Filmschaffende auf eine lange und bedeutende Tradition zurückblicken. Es ist nicht nur Aufgabe, dieses historische Erbe konservatorisch zu erhalten, sondern es sollte daran angeknüpft und dieser Bereich fortentwickelt werden.

Hierfür sind die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Unstreitig ist dabei, dass die erfolgreiche Arbeit der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen fortgesetzt wird. Sie wissen, dass dies auch Haltung der gesamten Koalition der Erneuerung ist.

Auch das duale Rundfunksystem ist fortzuschreiben, aber zu modernisieren. Öffentlich-rechtliche und private Sender tragen gemeinsam zu einer Programmvielfalt und Meinungspluralität in Deutschland bei. Dabei hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Aufgabe der Grundversorgung zu erfüllen, die es verbietet, Programme lediglich mit Blick auf Einschaltquoten und nach den Gesetzen des wirtschaftlichen Wettbewerbs zu gestalten. Auch diese Verpflichtung sehen wir ausdrücklich in diesem Bereich.

Die Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten und dürfen nicht unter einen dominierenden Einfluss von Staat und Parteien geraten. Wir wollen auch eine verstärkte Förderung des Ausbildungs- und Nachwuchsbereichs sowie des Einstiegs des Nachwuchses in das Mediengeschäft. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle für Medienansiedlung und -gründungen, die über alle vorhandenen Fördermöglichkeiten und Standortpotenziale informiert. Daran arbeiten wir.

Um den Standort Nordrhein-Westfalen zu stärken, muss es gelingen – und ich bin sicher, es wird uns gelingen –, das vielfach in kleinen und Kleinstunternehmen vorhandene Multimedia-Kreativpotenzial zukünftig noch besser zur Entfaltung zu bringen. Dafür ist auch die Förderung von Kooperationen und Netzwerken wichtig.

Wir als FDP-Landtagsfraktion wollen gemeinsam mit der CDU die Potenziale, die in unserem Land Nordrhein-Westfalen vorhanden sind, nutzen, um zu einer Medienpolitik zurückzufinden, die wieder Akzente setzt, die über das Land Nordrhein-Westfalen hinaus beachtet werden und die Medienpolitik in Deutschland insgesamt beeinflussen und fortentwickeln.

Es gehört Kraft und Souveränität dazu, diesen Weg zu gehen und die nötigen Reformen einzuleiten, um insgesamt für unser Land modern und erfolgreich zu sein. Das werden wir tun. Mit der Koalition der Erneuerung, meine Damen und Herren, hat die Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Witzel. – Nun spricht für die Landesregierung Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf 2006

für den Einzelplan 02 ist im Vergleich zu den Vorjahren durch wesentliche Merkmale geprägt. Ich will zwei nennen, weil sie auch Gegenstand der Debatte eben waren:

Es geht zum einen um Konsolidierungsbeiträge – das ist wahr –; denn auch für die Staatskanzlei gilt: Wir wollen die Umsetzung der allgemeinen haushaltspolitischen Leitlinie der neuen Regierung, also die Nettoneuverschuldung konsequent reduzieren. Die Staatskanzlei wird diesen Beitrag erbringen.

Zum anderen werden wir in konsequenter Umsetzung unserer Ankündigungen vor und nach dem Regierungswechsel zwei wesentliche Erweiterungen formulieren – das ist auch Ausdruck in diesem Haushalt –:

Erstens wollen wir die Mittel für die Kulturförderung in dieser Legislaturperiode verdoppeln. Das wird in erster Stufe entsprechend realisiert. Ich bin dankbar, dass das heute über alle Fraktionsgrenzen hinweg festgestellt wurde. Das ist schon einmal ein guter Beitrag zu diesem Haushalt am heutigen Abend.

Zweitens. Bisher im Gemeindefinanzierungsgesetz zur Kulturförderung veranschlagte Mittel haben wir in das Fachkapitel des Einzelplans 02 verlagert. Auch das haben wir vorher so formuliert.

Wir setzen folgende Schwerpunkte:

Für das Jahr 2006 sind im Zusammenhang mit dem 60. Jubiläum des Landes Nordrhein-Westfalen mehrere Veranstaltungen geplant; Frau Löhrmann hat es angesprochen. Hierfür wurde im Nachtragshaushalt 2005 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1 Million € im Kapitel 02 010 etatisiert, die nunmehr 2006 die entsprechende Erhöhung des Baransatzes erforderlich macht. Ich finde, das ist nur konsequent und richtig.

Frau Löhrmann, Sie haben die Erhöhungen angesprochen. Es gibt auch Erhöhungen im Bereich der Kirchen. Die Zuschüsse an die Kirchen – das ist in Kapitel 02 050 – wurden wie in den vergangenen Jahren entsprechend den Regelungen der bestehenden Staatsverträge erhöht. Es handelt sich um die Erfüllung von Rechtsverpflichtungen, denen auch die neue Landesregierung gerne nachkommt. Es wäre eigentlich fair gewesen, Frau Löhrmann, wenn Sie das so angesprochen hätten.

Neu etatisiert wurde ein Zuschuss zur Durchführung des Evangelischen Kirchentages im Jahre 2007 mit 1,2 Millionen € in 2006 und einer Verpflichtungsermächtigung von 1,59 Millionen €, fäl-

lig in 2007. Auch der Zuschuss an die Jüdischen Kultusgemeinden wurde aufgrund der bereits durchgeführten und noch geplanten Änderungen ...

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Darum geht es auch, Frau Löhrmann. Sie bestimmen nicht alleine, worum es geht. Wir wollen auch deutlich machen, dass bestimmte Erhöhungen so sind, wie sie sind. Wir haben das Recht, als Regierung deutlich zu machen, dass wir auch sinnvolle Erhöhungen vornehmen.

(Beifall von der CDU)

Ich trage das zu Ende vor, auch wenn Ihnen das nicht passt.

... des Staatsvertrags von 5,2 Millionen € um rund 2 Millionen € auf 7,2 Millionen € erhöht. Das ist wahr, und dazu stehen wir.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Wir auch! – Weitere Zurufe von der SPD)

Entsprechend der Absprachen mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, dem leider viel zu früh verstorbenen Paul Spiegel, war für den Neubau der Synagogen der jüdischen Gemeinden in Gelsenkirchen – 950.000 € – und Bochum -1,1 Millionen € – bereits im Haushalt 2005 eine Verpflichtungsermächtigung vorgesehen; demzufolge wurden die Gelder in 2006 veranschlagt.

Insgesamt steigen somit die Ausgaben des Kapitels Kirchen von 28,7 Millionen € um 4,3 Millionen € auf 33 Millionen €. Das ist zutreffend.

Aber, Frau Löhrmann, ich will auch auf die Frage, die Sie zu den Repräsentationsverpflichtungen gestellt haben, eingehen. Wir werden im Kapitel 02 010 den Ansatz auf 1,2 Millionen € erhöhen. Das ist eine Erhöhung um 133.500 €. Das ist wahr, und wir stehen dazu. Denn zum einen trägt dies den gestiegenen Preisen Rechnung, und zum anderen ist deutlich gemacht worden, dass wir gerade in diesem Jahr durch die Fußballweltmeisterschaft und viele andere internationale Angelegenheiten in der Lage sein müssen, unseren Repräsentationsverpflichtungen nachzukommen. Das tun wir.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen auch die Ansätze für wissenschaftliche Beratungen und für die Gewinnung von Planungsentscheidungshilfen nominal von rund 0,4 Millionen € auf rund 0,5 Millionen € in 2006 steigern. Das ist wahr. Sie wissen, das beruht zu wesentlichen Teilen darauf, dass Mittel aus dem Landespresseamt hierher verlagert wurden, da wir

die Mittel für Gutachten, Forschungsaufträge und Meinungsumfragen jetzt in dieser Titelgruppe konzentriert haben.

Ich habe mich gewundert, dass Sie nicht einen weiteren Titel, den Ansatz in Titel 517 01 – Nebenkosten Stadttor und Miete Stadttor –, angesprochen haben. Ich weiß wahrscheinlich auch warum. Da gibt es ebenfalls Steigerungen. Das ist wahr. Mit dem Nachtrag ergibt sich ein Mehr von 944.000 € und von 220.000 €. Der 1998 langfristig abgeschlossene Mietvertrag nebst Indexklausel zwingt uns zu Erhöhungen. Zur Fairness gehört, dass die Ursache in der vergangenen Legislaturperiode liegt und nicht in der jetzigen. Bitte teilen Sie das der Öffentlichkeit so mit.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte mit den beachtlichen Konsolidierungsbeiträgen fortfahren. Im Kapitel Europa und Internationales wurden die Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland reduziert. Das ist wahr. Wir wollen das so, weil das Ausfluss der Neuorientierung der neuen Landesregierung im Bereich der Europa- und internationalen Politik ist, die sich bei weitem nicht darin erschöpft, nur das Geld auszugeben, das wir nicht haben.

Im Hinblick auf die geplante Liquidation der Projekt Ruhr GmbH wird der Landeszuschuss um rund 2 Millionen € auf 5 Millionen € reduziert.

Es ist auch zutreffend, was Kollege Keymis gesagt hat, dass wir im Bereich Medien die Ansätze im vorliegenden Entwurf deutlich reduziert haben. Sie werden insgesamt um rund 7 Millionen € auf rund 21,2 Millionen € zurückgehen. Fast 4,5 Millionen € erbringt der Verzicht auf die NRW Medien GmbH.

Der Ansatz für die Zuschüsse an die Filmstiftung wird um rund 2,4 Millionen € auf 9,7 Millionen € gekürzt. Das ist wahr, aber wir stehen dazu. Damit trägt auch die Filmstiftung ihren Anteil zur Konsolidierung bei. Es ist eine notwendige Sparanstrengung, die dadurch erträglich bleibt, dass die übrigen Gesellschafter, insbesondere der WDR, ihr bisheriges finanzielles Engagement beibehalten haben.

An der Stelle bleibt mir und auch Ihnen, Herr Eumann, wenn Sie auf die angeblich glorreiche rote und rot-grüne Politik der letzten zehn Jahre hinweisen, Folgendes nicht erspart: Ich glaube nicht, dass das, was Sie im Bereich HDO gemacht haben, erfolgreich war. Ich bin auch nicht bereit zuzugeben, dass das ein Erfolg sein sollte, wenn wir in den letzten Jahren viele Institutionen verloren haben. In welche Zeit fiel denn der Umzug von

Viva von Köln nach Berlin? Doch nicht in unsere Zeit!

(Beifall von der FDP)

Auch die Messe Popcom ist nicht jetzt von Köln nach Berlin gezogen, sondern in Ihrer Zeit. Wenn der RTL Shop zu großen Teilen unsere gemeinsam geliebte Metropole Köln verlässt, ist das bedauerlich. Die Entscheidung, dass die landeseigene NRW Medien GmbH liquidiert wird, ist auch schon zu Ihrer Zeit gefallen. Das hätten Sie fairerweise sagen müssen.

(Beifall von der FDP)

Ich bin froh, dass andere die Einschätzung zur Medienpolitik kompetent abgeben können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dazu gehört nicht Herr Witzell!)

Wenn ein wichtiger Intendant wie etwa der WDR-Intendant sagt: „Endlich hat Verlässlichkeit in die Staatskanzlei Einzug gehalten“, ist das ein schönes Kompliment für die Medienpolitik unter Jürgen Rüttgers.

(Beifall von der FDP – Wolfram Kuschke [SPD]: Hat der schon angefangen?)

Selbstverständlich will ich deutlich machen, dass wir notwendige Sparoperationen angehen. Es geht darum, dass sich die Staatskanzlei wie alle anderen Ressorts verpflichtet hat, bei den Sachausgaben einen Anteil, und zwar von 1,8 Millionen €, an der globalen Minderausgabe zu erbringen. Sie ist wie alle Behörden im Land, die zur inneren Verwaltung gehören, verpflichtet, beginnend mit dem Jahr 2006, jährlich 1,5 % ihrer Stellen abzubauen. Das werden wir tun, und wir beginnen mit dem Abbau von jährlich neun Stellen.

Lassen Sie mich zum Thema „Europa- und Strukturpolitik“ einige Bemerkungen machen. Ich finde es angesichts der Tatsache, dass wir durch die Arbeit der Landesvertretung Brüssel in den letzten Wochen so vernünftige Erfolge in Europa erzielt haben, zu denen die Kollegen in Brüssel auch ihren Beitrag geleistet haben, nicht in Ordnung, gleich wieder aufzuschreien, dass sich da etwas verändern muss. Ich bin froh, dass Ihre und unsere Kollegen in der Landesvertretung in Brüssel ihren Beitrag geleistet haben – auch zu dem Erfolg, dass die Kulturhauptstadt Europas Essen heißt.

(Beifall von CDU und FDP)

Das haben sie gut gemacht, und es ist an der Zeit, ihnen das zu sagen.

Diese Kollegen haben auch die zukünftige europäische Strukturförderung gut unterstützt. Frau Kraft, Sie haben Zeter und Mordio geschrien: NRW verliert Mittel. – Jetzt müssen Sie Stück für Stück einräumen, dass wir ungefähr das bekommen werden – vielleicht sogar etwas mehr –, was wir in der Periode von 2000 bis 2006 hatten, und das trotz zusätzlicher Mitgliedstaaten. Der Kuchen wird nicht mehr durch 15, sondern durch 25 geteilt. Sie haben immer abgestritten, dass uns das gelingt. Das ist uns gemeinsam gelungen,

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD]: Wer hat dafür gesorgt? Das ist doch wohl lächerlich!)

aber das haben Sie ganz bescheiden unterschlagen.

Eine gemeinschaftsweite Umverteilung europäischer Mittel aus schlechten Programmen in gute Programme, wie es das Europaparlament mit der Leistungsreserve beabsichtigt, wird auch nicht kommen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Beitrag.

Wir rechnen damit, Frau Kraft, dass morgen, am 5. Mai, die Annahme der Vorschläge im Rat für Wirtschaft und Finanzen erfolgt. Sollte das glatt verlaufen, könnten die Verordnungen Anfang Juli endgültig verabschiedet werden. Ich bin froh, meine Damen, meine Herren, dass wir die zahlreichen Forderungen Nordrhein-Westfalens haben durchsetzen können, übrigens gemeinsam. Ich finde, dass Sie das heute ruhig hätten in dieser Debatte ansprechen können.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich habe die Kanzlerin gelobt!)

– Ja, ich weiß, dass Sie die Kanzlerin gelobt haben. Nachdem Sie erst Herrn Steinbrück in der Pressemitteilung gelobt haben, mussten Sie dann nachlegen, weil Sie gemerkt haben, dass das Kanzleramt und nicht Herr Steinbrück verhandelt hat. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie haben deutlich gemacht – Frau Kraft, regen Sie sich nicht so auf; lassen Sie mich jetzt mal zu Ende ausführen –, dass Sie ein Problem darin sahen, dass die private Kofinanzierung nicht möglich sein sollte.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Im Dezember 2005 hatten wir befürchtet, die private Kofinanzierung für die Ziel-2-Mittel käme nicht. Morgen wird offensichtlich ein Vorschlag mit Mehrheit versehen, der insbesondere Nordrhein-

Westfalen nützt. Das heißt: Wenn das Parlament im Juli zustimmt, ist die private Kofinanzierung erlaubt.

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Sehr gut!)

Das ist ein Erfolg für das ganze Land Nordrhein-Westfalen. Ich finde, das können Sie, Frau Kraft, auch mal einräumen.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Damit Sie sich weiter aus der Verantwortung stehlen können!)

- Ich merke, was Ihr Ansatz ist: Sie sind dagegen. Ich merke es an Ihrem Zwischenruf. Ich finde, es ist ein Erfolg von Nordrhein-Westfalen. Nur weil jetzt eine andere Mehrheit die Regierung stellt, sollten Sie die Interessen von Nordrhein-Westfalen nicht aus dem Blick verlieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Und es nützt unseren Kommunen und dem Land, dass uns ein Erfolg bei der Frage der Mehrwertsteuererstattung in Aussicht gestellt worden ist.

(Zurufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Wolfram Kuschke [SPD])

Ich bin von der Solidität des Einzelplans 02 überzeugt. Sie haben festgestellt, dass wir eine große Übereinstimmung im Bereich Kultur bekommen. Sie haben festgestellt, dass wir in Europa in den letzten Wochen greifbar einen Riesenschritt nach vorne gemacht haben. Sie haben festgestellt, dass wir uns von der Medienpolitik der vergangenen Jahre mit vielen „Misserfolgen“, mit vielen fehl geschlagenen Geschichten, verabschiedet haben, dass man uns bestätigt, dass wir verlässlich sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein guter Haushalt eines guten Ministerpräsidenten, meine Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Gut gebrüllt, Löwe!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Breuer. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Einzelplan 02, und es liegen auch keine Einzelanträge vor.

Ich kann von daher jetzt insgesamt über den Einzelplan 02 abstimmen lassen. Wer diesem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist

dieser **Einzelplan 02** mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann kommen wir zu **Einzelplan 04:**

Justizministerium

Ich erteile Herrn Sichau von der SPD-Fraktion das Wort.

Frank Sichau^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum krönenden Abschluss die Rechtspolitik mit dem Einzelplan 04. – Mitarbeitende in der Justiz sind besonders wichtig, auch wenn sie im „Unterausschuss Personal“ ressortieren und der Rechtsausschuss lediglich indirekt befasst ist.

Sie haben vor der Wahl Zusagen dergestalt gemacht, dass Sie die kw-Vermerke im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich streichen werden sowie andere Bereiche personell aufstocken wollen. Ich stelle hier und heute fest: Diese Zusage haben Sie ebenfalls gebrochen, was für Kundige voraussehen war. Da hilft auch kein Gejammer über die stets bekannte Haushaltssituation. Das zur Koalition der wahrhaften Zusagen!

Wir haben fünf Änderungsanträge gestellt. Ich will nicht auf alle eingehen, weil die Zeit schon fortgeschritten ist und wir bekanntlich anderthalb Stunden im Zeitplan zurückliegen.

Sie haben die Haftvermeidung in Aachen in der Diskussion im Rechtsausschuss angesprochen. Wir haben dazu den Antrag gestellt, und Sie haben gesagt, dass diese Haftvermeidung erfolglos war. Ich kann hier feststellen, dass die Voraussetzungen für die Arbeit dort gerade erst geschaffen worden sind und dass Ihr Vorhalt der sachlichen Richtigkeit entbehrt.

Lassen Sie mich auch etwas zum Täter-Opfer-Ausgleich sagen. Wir fordern differenzierte und faire Pauschalen. Es kann nicht sein, dass es sozusagen nur eine Fallpauschale gibt. Ihr Kollege Laumann, Frau Müller-Piepenkötter, würde Sie auslachen, wenn es in Analogie dazu für Krankheit nur eine Fallpauschale geben würde.

(Beifall von der SPD)

Ich fürchte, es wird ein Sterben der TOA-Stellen einsetzen, und Sie nehmen das sehenden Auges in Kauf. Eine Alternative dazu ist die Aufstockung der Gerichtshilfe, die allerdings weniger wirtschaftlich ist.

Ich komme, um etwas Zeit zu sparen -so hoffe ich zumindest – zu den sogenannten Drogenfachkräf-

ten. Wir haben vorgeschlagen, sie im Einzelplan 04 zu veranschlagen. Durch Ihre Kürzung auf sage und schreibe sieben Kräfte für insgesamt 38 Justizvollzugsanstalten und 100.000 € gefährden Sie die zielführende Beratung von Suchtkranken zum Zweck der stationären Entwöhnungsbehandlung.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus werden Sie bald mehr teure Haftplätze brauchen – ca. 600 – und damit weit mehr ausgeben, als für die in Rede stehenden ca. 25 Fachkräfte.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Damit bekommen Sie noch nicht einmal den Pfordienst in zwei zusätzlichen JVA zusammen.

Uns ist eine solche kurzsichtige Politik völlig unverständlich, zumal 35 % der Gefangenen drogenabhängig sind. Betroffen sind davon weitgehend Jugendliche und junge Erwachsene, für die Sie angeblich verstärkt etwas tun wollen.

Hier kann erfolgreich etwas getan werden, wahrscheinlich im Unterschied zu Jungtäterabteilungen, deren Profil immer noch nicht – und das nach mehreren Beratungen – klar ist, oder mit verbindlichen Elternempfehlungen, die in Ihrem spezifischen Antrag zwar in der Überschrift genannt, jedoch explizit im Antrag selbst nicht vorkommen.

Es ist plausibel, dass wir dem konservativ neoliberalen Justizhaushalt ohne Veränderungen nicht werden zustimmen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Sichau. – Für die CDU spricht Herr Giebels.

Harald Giebels^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den ersten Justizhaushalt der neuen Landesregierung. Mit dem Landeshaushalt 2006 steuern wir um und stellen die Weichen in Richtung Zukunft.

Der Justizhaushalt ist Bestandteil des Gesamthaushalts, gemessen an dem Einnahmevermögen von rund 1 Milliarde € der drittgrößte und mit einem Ausgabevermögen von über 3 Milliarden € der viertgrößte Ressorthaushalt. Wie Sie wissen, ist der Entwurf des Gesamthaushaltes von vier Grundsätzen geprägt.

Erstens. Haushaltskonsolidierung für die Gestaltung unserer Zukunft. Wir sind verpflichtet, den nachfolgenden Generationen finanzielle Hand-